

# Nicht gegen die Bürger

von Anja Petter

Rathauschef verspricht: Grundhafte Erneuerung nur dort, wo es nötig ist

Bei der ersten Bürgerversammlung zur Straßenbeitragssatzung waren Infos gefragt. Es gab aber auch Kritik an der Stadt.

**Neu-Anspach.** Die Ankündigung der Stadt, ab Januar bei einer grundhaften Erneuerung von Straßen Beiträge zu erheben (wir berichteten bereits ausführlich), hat die Neu-Anspacher aufgeschreckt. Zur ersten Bürgerversammlung am Mittwochabend in Westerfeld kamen an die 100 Interessierte.

Bürgermeister Klaus Hoffmann (CDU) berichtete, dass sich die Politik lange dagegen gewehrt hatte, die Straßenbeitragssatzung einzuführen, weil sie sie als unsozial empfand: „Schließlich fährt jeder über jede Straße, aber nur wenige zahlen.“ Doch dann habe es die finanzielle Situation der Stadt zum einen nötig gemacht zu handeln, zum anderen habe das Land Hessen die sogenannten wiederkehrenden Beiträge eingeführt – als Alternative zur einmaligen Straßenbeitragssatzung: „Hier werden die Kosten auf mehr Köpfe verteilt.“

Mit dabei im Dorfgemeinschaftshaus war auch Thomas Becker, Geschäftsführer der Kommunalberatung Wettenberg. Sein Unternehmen unterstützt die Stadt bei der Einführung der Satzung, und so informierte er ausführlich über die Einnahmegrundsätze der Kommunen, das neue kommunale Abgabengesetz und den Herbstbeschluss der Landesregierung, nach dem die Straßenbeitragssatzung für defizitäre Gemeinden verpflichtend ist. Becker erklärte, dass die Bürger nur bei einer grundhaften Erneuerung und nicht bei einer einfachen Instandhaltung und nur bei Gemeinde- und nicht bei Landes- oder Bundesstraßen zahlen, und er verdeutlichte, nach welchem System in der Stadt ab dem nächsten Jahr die Beiträge erhoben werden.

Becker hatte dabei auch erste Zahlen parat. So wird die Kommune, die alle Straßen erfasst, auf ihren Zustand hin überprüft und nach einem Ampelsystem klassifiziert hat, bei jeder Maßnahme einen Anteil übernehmen, der je nach Abrechnungsgebiet unterschiedlich hoch ist. In Westerfeld sind dies 37 Prozent, in Hausen-Arnsbach 35 Prozent, in Anspach 35 Prozent und in Rod am Berg 32 Prozent. Der Fachmann nannte auch ein konkretes Beispiel: Bei einer Maßnahme, die 565 000 Euro kostet, würde die Stadt 209 000 Euro übernehmen. 1,19 Euro pro Quadratmeter Grundstücksfläche entfielen letztlich auf die Bürger. Übrigens: Bei der einmaligen Straßenbeitragssatzung wären es 12 bis 18 Euro. Becker versprach: „Die Beiträge werden nicht vierstellig.“

Ob denn auch Mieter zur Zahlung herangezogen werden könnten, wollte anschließend ein Hausbesitzer wissen. „Nein, denn das Grundstück gehört dem Eigentümer“, sagte Becker. Ein weiterer Zuhörer beschwerte sich: „Erst lässt die Stadt alle Straßen verkommen, dann müssen die Bürger zahlen.“ Ein anderer monierte, dass der Hausener Weg als Zufahrtsstraße für das Baugebiet Westerfeld West genutzt werde und die Straße zerstöre: „Uns wurde versprochen, dass die Erneuerung nichts kostet, jetzt bin ich furchtbar enttäuscht.“ Auch Vorschläge gab es: So könnten die Kosten doch durch alle Fahrzeugführer geteilt werden. Becker: „Ich gebe zu, das hat Charme. Es geht aber nicht.“

Der Bürgermeister versprach, grundhafte Erneuerungen nur dann durchzuführen, wenn sie wirklich nötig seien. Oft reichten auch Instandhaltungen, und die zahle die Stadt. Auch werde nicht in jedem Jahr in jedem Ortsteil eine Straße grundhaft erneuert. Zudem sollten alle Stadtteile gleichmäßig belastet werden. „Wir sind nicht gegen die Bürger“, meinte er.

Verständlich, dass diese auch wissen wollten, welche Straßen in Westerfeld bereits ins Auge gefasst wurde. Dazu gab es aber noch keine Informationen. „Die hat noch nicht einmal die Politik“, sagte der Bürgermeister, kündigte auf Anfrage der TZ aber an, in der nächsten Bauausschuss-Sitzung eine Liste vorlegen zu wollen. Und er erklärte auch, sich noch einmal über eine Form der Bürgerbeteiligung Gedanken machen zu wollen, nachdem viele Westerfelder erklärt hatten, beim Entscheidungsprozess dabei sein zu wollen.

Zu dem Thema wird es in der kommenden Woche noch zwei Infoveranstaltungen geben. Am Dienstag in Rod am Berg und am Mittwoch in Hausen-Arnsbach. Beginn ist jeweils um 20 Uhr im DGH. Wer Fragen an Thomas Becker und seine Kollegen von der von der Kommunalberatung Wettenberg hat, kann am Donnerstag, 29. Oktober, von 9 bis 15 Uhr oder am Dienstag, 3. November, von 13 bis 18 Uhr ins Rathaus kommen. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich. Weiter Informationen finden sich auch im Internet auf [www.neu-anspach.de](http://www.neu-anspach.de).

Artikel vom 09.10.2015, 03:30 Uhr (letzte Änderung 09.10.2015, 03:30 Uhr)

Artikel: <http://www.fnp.de/lokales/hochtaunus/usinger-land/Nicht-gegen-die-Buerger;art48706,1632577>

© 2015 Frankfurter Neue Presse